

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Datz 42-44. Fernruf 1047. Geschloffen von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postfach-Nr.: 269/1918.



Schriftleitung: Halle (Saale), Datz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werstage von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 M., vierteljährl. 5,25 M.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 M., ohne Zustellungsgebühr.

Erkheft jeden Wertag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Einzelnenpreis: 20 Pf. für den Wollmeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für 10 Zeilen, anschließend an den dreizehntägigen Zeitverkauf.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks.

Sieg der Streikenden.

Die über die Beendigung des englischen Eisenbahnerstreiks heute vorliegenden Nachrichten lassen klar erkennen, daß die Eisenbahner in diesem Nietenkampfe Sieger geblieben sind. In den amtlichen Meldungen aus England wird zwar der Ausgang des Kampfes so dargestellt, daß Regierung und Vorkomitee des Eisenbahnerstreiks siegreich die Seiten geblieben hätten. Dem widerspricht indes schon der Umstand, daß die Regierung Verhandlungen mit den Eisenbahnern aufgenommen hat und daß es in diesen Verhandlungen zu einer Verständigung mit den Eisenbahnern gekommen ist. Und zwar soll Donar Cart, der Führer der Konservativen die Grundzüge für eine Verständigung geschaffen haben. Nach aus den Bedingungen, unter denen der Streik beendet wurde, geht alles andere hervor, als eine Niederlage der Streikenden. Sie können im Gegenteil als ein voller Erfolg der Streikbewegung gelten. Der Streikabschluß hat über die Bedingungen, unter denen die Beilegung des Eisenbahnerstreiks erfolgte, gemeldet:

Die streikenden Eisenbahner nehmen die Arbeit sofort wieder auf. Die Verhandlungen werden fortgesetzt unter der Voraussetzung, daß sie vor Ende des Jahres beendet sind. Die gegenwärtigen Lohnsätze bleiben bis September 1920 aufrechterhalten und können dann herabgesetzt werden, wenn die Preise der Lebenshaltung inzwischen gefallen sein sollten.

Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus sind die Bedingungen für die Beilegung des Streiks im einzelnen noch folgenden:

- 1. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. 2. Die Verhandlungen werden fortgesetzt mit der Maßgabe, daß sie vor dem 31. Dezember beendet sind. 3. Die Löhne werden bis 30. September 1920 auf den gegenwärtigen Höhe gehalten und können nach dem 1. August 1920 im Lichte der dann herrschenden Verhältnisse nachgehört werden. 4. Kein erwachsener Eisenbahner soll weniger als 50 Schilling wöchentlich erhalten, solange die Kosten des Lebensunterhaltes nicht weniger als 110 Schilling über der Höhe vor dem Kriege liegen. 5. Die Arbeiter werden mit den bei der Arbeit geübten oder zur Arbeit zurückgeführten in Garnison arbeiten, und niemand wird in irgend-einer Weise wegen des Streiks benachteiligt werden. 6. Die in Folge des Streiks einbehaltenen Löhne werden nach Wiederaufnahme der Arbeit ausbezahlt werden.

Begegenwärtigt man sich, daß Lord George die Eisenbahnerbedingungslos zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen wollte, so kann man wahrhaftig nicht von einem „Sieg“ der Regierung reden. Sie hat nachgeben müssen, und Sieger sind im Grunde die Eisenbahner. Ihre Geschlossenheit sowie die Unterstützung, die ihnen durch die übrige Arbeiterschaft zuteil wurde und noch werden sollte, haben der Regierung gezeigt, daß sie in diesem Nachkriegskampf den schwächeren Teil darstellt. Und sie haben sie deshalb veranlaßt, den Kampf nicht auf die Spitze zu treiben und die Verständigung zu suchen unter weitgehenden Zugeständnissen an die streikenden Eisenbahner.

Denn auch faktisch haben die Eisenbahner einen großen Erfolg errungen. Sie haben die Sicherheit erlangt, daß die Beratung über den Fortschritt bis Ende des Jahres erledigt sein muß. Sie haben ferner erreicht, daß die bestmögliche Herabsetzung ihrer Löhne, wegen der sie den Kampf aufgenommen haben, am 1. Januar nicht eintreten wird. Sie haben durchgesetzt, daß ihnen ihre jetzigen Löhne bis September 1920 garantiert werden und daß eine Herabsetzung nur erfolgen kann, wenn die Lebensmittelpreise inzwischen gefallen sind.

Der Kampf und der Erfolg der englischen Eisenbahner ist außerordentlich lehrreich. Er zeigt, was ein Arbeiterkampf erreichen kann, wenn sie geschlossen und einmütig auftritt. Weder die Gewaltmaßnahmen der Regierung noch die feindselige Haltung des Bürgertums haben die Geschlossenheit der Streikenden zu erschüttern vermocht und dadurch ihren Sieg herbeigeführt. Ihre Solidarietät hat daher der englischen Regierung eine Niederlage beigebracht, die wohl kaum ohne politische Wirkungen bleiben dürfte.

London, 6. Oktober. Der Eisenbahnerführer Thomas äußerte sich mehreren Pressevertretern gegenüber, die Eisenbahner hätten im allgemeinen dem Verdict zugestimmt. Nur eine geringe Anzahl verneinte die Rückkehr zur gemeinschaftlichen Arbeit mit den Streikbrechern und freiwilligen Hilfsarbeitern. Eine Gruppe habe die Arbeiter folgen verbindet, die Arbeit wieder aufzunehmen. Donar Cart verleihe jedoch dieser Gruppe und der Regierung zu verhandeln. Der Versuch der französischen Eisenbahner in Überfall wurden Thomas' Mitteilungen von der Beendigung des Streiks von den Eisenbahnern und deren Frauen mit Begeisterung begrüßt.

Die vorläufige Verfassung Elsaß-Lothringens.

Genf, 6. Oktober. Die französische Deputiertenkammer hat am 4. Oktober die Regierungsvorlage betreffend die provisorische Verfassung Elsaß-Lothringens angenommen. Die beiden Verordnungen behalten demnach bis zur gesetzlichen Regelung ihre Verwaltung, d. h. die dem Deutschen Reich gebliebenen Organisation und Verwaltung. Der Vertrag der beiden französischen Ministerpräsidenten, d. h. Herr Clemenceau, die im Besitz der Regierungsgewalt, die es auch fernerhin durch den Generalgouverneur Mierand ausüben läßt und für deren Durchführung er nur die französischen Parlamentarier verantwortlich ist. Der Vertrag der Abgeordneten Albert Thomas, wonach der von den französischen Regierung ernannte Oberste Rat durch einen Ausschuss

aus gewählten Vertretern der Gemeinden und Betriebsräte ersetzt werden soll, ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Die endgültige gesetzliche Organisation Elsaß-Lothringens bleibt dem künftigen französischen Parlament vorbehalten, zu dem die drei Kreise Oberelsaß, Unterelsaß und Lothringen bei den bevorstehenden Wahlen insgesamt 24 Deputierte und 14 Senatoren zu ernennen haben. Der sozialistische Abgeordnete Lafont beantragte die sofortige Annäherung des neuen französischen Gesetzes über die Bekämpfung des feindseligen deutschen Vertriebes auf Elsaß-Lothringen zum Zwecke der sofortigen Übernahme der gesamten Anlagen und ihrer Ausbeutung durch den französischen Staat. Der Generalgouverneur Mierand bekämpfte diesen Antrag, weil er zur wirtschaftlichen Desorganisation des ganzen Landes führen würde. Die Kammer lehnte den Antrag hierauf ab.

Die Flume-Wirrennis.

Nach Meldungen aus Flume verfügt d'Annunzio die Verhaftung jugoslawischer und amerikanischer Staatsangehöriger in Flume und ließ Internierungslager errichten. Die Besetzung von Flume schreitet vorwärts. Ein der Vertrieber der Stadt hat d'Annunzio schwere Artillerie und Schiffkanonen auffahren lassen.

Serbien mobilisiert?

Zagreb, 6. Oktober. Nach der Stampa meldet Glego Trubina, daß die Wiedereinberufung der jugoslawischen Jahrgänge 1880-1893 große Aufregung in Agrar hervorgerufen habe. Man betrachtet den Krieg gegen Italien als unvermeidlich. Die aus Trau abgehenden Italiener wurden aus den Häusern vertrieben. Auch in Zagreb fanden schwere antiententeische Anzeichen aus. Alle italienischen Geschäfte wurden völlig vertrieben, die Italiener selbst schwer mißhandelt, in sogar aus ihren Häusern herausgeholt. - Schwere Platten zufolge kommt es längs der dalmatinischen Küste häufig zu Kämpfen zwischen Serben und Italienern.

Ein italienisch-rumänisches Bündnis?

Bucharest, 6. Oktober. Die Neue Zürcher Zeitung meldet aus Agrar, daß angeblich Italien und Rumänien ein militärisches Bündnis getroffen sein soll, wonach die Rumänen sich verpflichten, im Kriegsfalle gegen die Jugoslawen gleichzeitig einzusetzen.

Greit England ein?

Bern, 6. Oktober. (W. Z. N.) Eine Meldung der Agency Stefan aus London behauptet, daß die englische Regierung nach Ansicht offizieller Kreise bestrebt ist, in Rom auf schnelle Beilegung des ungelösten Italienes in Flume zu drängen, widrigenfalls Italiens Verbleiben im Viererband gefährdet werden könnte.

Italienischer Sozialistkongreß.

Bern, 6. Oktober. (W. Z. N.) Gestern ist der Sozialistenkongreß in Bologna unter sehr starker Beteiligung zusammengetreten, der mittags von Garcci mit heftigen Angriffen gegen die Regierung eröffnet wurde, die sich nur durch reaktionäre Maßnahmen, wie die Wiedereinberufung der Genjur, halten konnte. Die Meinung der überwiegenden Mehrheit des Kongresses gab Connari wieder, als er die Notwendigkeit einer Revolution für die Errichtung der Diktatur des Proletariats forderte, aber auch gleichzeitig die Beteiligung an den Wahlen als unerlässlich verlangte. Aus den Verhandlungen des ersten Tages kam feststellbar, daß zwar ein tiefer Generalangriff Reformisten und Maximalisten bestrich, daß aber niemand eine Trennung wünscht und daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Einigung der Parteien erhalten bleiben wird.

Bari las dann einen Bericht des russischen Sowjetrepublik unter ähnlichen Kundgebungen für Lenin und Sowjetrußland vor. Parteiführer Rossari stellte ein weiteres Annahmen der Partei und der trauen Tjajipin in dieser Zeit, wodurch die Wahrscheinlichkeit des Gelingen von Massenaktionen zur Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht angenommen habe. Im Namen der maximalistischen Gegner der Wahlbeteiligung sprach Bordiga unter schweren Angriffen gegen die sozialistische Kammeraktion. - Treves antwortete in deren Namen. Er erklärte, daß der Appell an die Gewalt, der heute von vielen Genossen verlangt werde, ein Kriegsüberbleibsel sei. Der Sozialdemokratismus unter Leitung der Arbeiter führe nur ins Verderben. Die Gesamtheit wolle keine Einzelaktion. Jedemfalls sei gegenwärtig nur ein ganz unsehrbarer Teil der Arbeiterschaft für einen gewaltigen Umsturz zu haben.

Die Kosten der Besatzung in den Rheinländern.

Der Etat des Reichsadministrations, dessen Entwurf am Sonnabend im Reichsrat beraten wurde, enthält unter anderem die Forderung von 6 Millionen Mark für die Generalkommission der Alliierten im besetzten Gebiet und weitere 5 Millionen für die Unterbringung der Lebensbedarfsauslässe für Meer, Marine und Luftschiffahrt. Für die Unterbringung der 600 Millionen für Meer und Marine in Berlin soll das Hotel Kaiserhof mit 100 Zimmern, für Geschäftsräume das Haus Wilhelmstraße 68a mit 40 Zimmern, für Mannschaften und Automobile die Paläste in der Markstraße, für die Luftfahrtskommission das Hotel Eden mit 100 Zimmern, für Geschäftsräume die Militärtechnische Akademie mit 180 Räumen bereitgestellt werden. Weitere Räume werden angefordert. Neben dem Quartiersangebot sind in Berlin werden Unterkommissionen in zehn deutschen Großstädten gebildet.

Der Unterhalt der Besatzungsbehörden in den Rheinländern wird mit 210 Millionen in der Art in Rechnung gelegt, der sich aber für das nächste Jahr auf mindestens 300 Millionen erhöhen wird. Bisher sind in den zehn Monaten für den Unterhalt der Besatzungstruppen 892 150 000 M. in Anspruch genommen worden.

Das Schulkompromiß.

Die Zukunft der Schulen in Halle und im Bezirk Merseburg.

I. Das Kompromiß in seinen letzten Konsequenzen.

Die Einheitschule ist fürs erste ein Traum. ... Ende Juli 1919 wurde in der Nationalversammlung in Weimar das sogenannte Schulkompromiß, d. i. eine Vereinbarung über die künftige Gestaltung unseres Schulwesens, von der Regierungsmehrheit angenommen. Es handelt sich um Artikel 143-149 der Verfassung, Art. 143, Abs. 2 lautet: Innerhalb der Gemeinden sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten (Eltern) Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz.

Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch das Gesetz, die Länder und die Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, insbesondere Erziehungsberechtigten für die Eltern der Kinder, die zur Ausbildung auf mittleren und höheren Schulen für geeignet erachtet werden, bis zur Beendigung der Ausbildung.

Artikel 144: Privatschulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterliegen der Landesgesetzgebung. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Privatschulen in ihren Zwecken und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückfallen und im Falle der Erhebung von Schulgeld durch Abstützung auch den minderbemittelten Volksschülern zugänglich gemacht werden.

Private Volksschulen sind zulässig, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten, deren Wille nach Artikel 143 Abs. 2 zu berücksichtigen ist, eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses in ihrer Gemeinde nicht besteht.

Nach Art. 145 ist auch die Arbeitsfreudigkeit als Ziel der Schule festzustellen, der Arbeitsunterricht ist als Bestandteil aufzunehmen, das Volksschulwesen, einschließlich der Volksschule, soll gefördert werden.

Art. 146: Der Religionsunterricht ist oberflächlicher Lehrgang der Schule, mit Ausnahme der Bekenntnisfreien (weltlichen) Schule. Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willensklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsformen und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willensklärung der Erziehungsberechtigten überlassen.

1. Das Kompromiß und die Schule.

Es gibt also nach Art. 143 fünfzig drei Arten von Schulen: 1. Bekenntnischulen: jüdische, mosaische, protestantische, evangelische, katholische, buddhistische usw. 2. Simultan-schulen: „simul“ heißt „gleich“, Kinder aller Religionen werden zugleich unterrichtet. 3. Weltliche Schulen: Nach Art. 146 ohne Religion im Lehrplan. Nicht einmal eine gemeinsame Grundschule kann es nach Art. 144 in Zukunft geben. Jede Religionsgemeinschaft kann sich ihre private Volksschule errichten. Die unermesslich reiche katholische Kirche wird nun das ganze Land mit solchen privaten katholischen überziehen; jede katholische Privatvolksschule wird dabei eine neue Kampfschlacht für die Macht des Zentrums werden!!! Es gehört aber bereits ein hoher Optimismus und großer Idealismus dazu, a. B. überall private Bekenntnisvolksschulen bei ihren 25 Prozent Angehörigen binnen wenigen Wochen aufzubauen, die nach Art. 144 in ihren Zwecken und Einrichtungen nicht hinter den öffentlichen Volksschulen zurückfallen. Da es also auf die finanzielle Vermögen der Religionsgemeinschaften ankommt, wird auch in Zukunft wieder neben dem Religionsbekenntnis - der Kapitalismus die Grundlage des Schulwesens bilden. Im Art. 144 liegt eine Bestätigung der armen Bekenntnisgemeinschaften (schließen); Kinder „armer“ Bekenntnisse werden gewonnen werden, in Schulen anderer „reicher“ Bekenntnisse als gebildete Gäste unterzuschleppen. In diesem Falle erweist sich Art. 144 dem Art. 143 gegenüber in seinen letzten Konsequenzen als Widerspruch, ja als große Unerschicklichkeit. - Nach Art. 148 bestimmt das Nähere ein baldigst zu erlassendes Reichsgesetz. Damit werden die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten veranlaßt. Es wird ihnen verboten, durch selbständige Gesetze eine eigene Lösung der Kirchen- und Schulfragen zu treffen. In einer Konferenz der evangelischen Landesminister wurde Ende Juli beschlossen, bei der Reichsregierung sofort Schritte zu unternehmen wegen der Durchführung des Schulkompromißes. Bergmann, Präsident über in demselben Bismarckminister Dammert wurde erwidert auf eine Eingabe der sozialistischen Organisation von Dortmund: Die praktische Durchführung, die oben die größten technischen Schwierigkeiten mit sich brächte, würde den Schulkompromiß und damit den konfessionellen Oberbau in die kleinsten Schulgemeinden tragen. Sie wird die jetzigen leistungsfähigen Schulen zugunsten der Dutzendhundert auf das Schlimmste gefährden und die

Verwirklichung der großen Grundgedanken der Einheitschule un- möglich machen.

So wird also demnach und in der Folge alle 5-8 Jahre ein „professioneller Schulwechsel“ einzuwirken werden. Jeder Erziehungsberichtigte, d. h. Eltern, Vormund usw., hat seine Stimme dafür abzugeben, ob er die funktionelle, die Simultan- oder die weltliche Schule für sein Kind wünscht. Das heißt also, auf die realen Verhältnisse angewandt, im allgemeinen: Auf dem Lande, wo noch immer die orthodoxe Kirche herrscht, wird die Weltanschauung die Triumphe feiern, in den Kleinstädten wird man vorwiegend Simultanschulen errichten, in der Großstadt aber beginnt ein wüches Erziehungsbucheinander von privaten höheren und Volksschulen, Simultan- und weltlichen Zwergschulen und allen möglichen Weltanschauungsschulen; jede großstädtische Schulpolitik einer Großstadt muß sich dementsprechend den Konventionen des Schulkomitees. Die Sozialdemokratie wird jedoch überall für die weltliche Volksschule stimmen. Das ist die Ansicht von Weimarer.

Das Volk möchte die Karten, die Regierungssocialisten spielen aus, und — Zentrum ist Trumpf.

2. Das Schulkompromiß und die Lehrerschaft.

Alle fünf Jahre soll in den Gemeinden eine neue Abstimmung stattfinden. Bei der letzten parren Verwirklichung der Bevölkerung (neue Anwanderungen, emigrationen, Abwanderungen von Großstädten usw.) aus dem Land hinaus, von denen es werden in unserm Reich, aus dem West- und Ostpreußen ins Reich) kann somit eine Schwärze aus dem Lande, die eine funktionelle, halb eine weltliche Schule sein. Woher die Lehrer nehmen? Woher die Schulverhältnisse? Soll der evangelische Schulrat die weltlichen, jüdischen und katholischen Zwergschulen mitbestimmen? Werden die Lehrer für die Schachturen nicht verlesen und verwendet lassen können? Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen des Anbaurbereichs Niederhessen sprach am 13. Juli den Forderungen einmütig ihre förmliche Entschädigung und lebhafteste Unterstützung über das Schulkompromiß mit dem Zentrum aus, das die Herrschaft der Konfessionen in der neuen Republik festlegen soll. Sie erkläre in dem Kompromiß einen offenen Verrat an der sozialistischen Weltanschauung und bittet in letzter Stunde, an der weltlichen Einheitschule unbedingt festzuhalten.

Der Leipziger Lehrerverein forderte den Deutschen Lehrerverein auf, daß er seinem Schulprogramm entsprechend sofort den ernstesten Einspruch erhebt gegen die Wälder der Reichsregierung in der Reichsreform eine funktionelle Einheitschule. Die Volksschule schließt und dadurch die alte Inangerechnung und Verbindung an dem Menschenrechte der Kinder auch für die Zukunft zu erhalten, welche die Erziehung der Massen in den Klassen funktioneller Religionsgemeinschaften gesungen hielt und nur den privilegierten Kreisen, die ihre Kinder zur höheren Schule und auf die Universität schicken, Freiheit von konfessioneller Bindung gewährte. Die Ergebnisse der Wissenschaften müssen für die Schulen aller Gattungen in gleicher Weise grundlegend und gleichbedeutend sein. Auch das Organ des Preussischen Lehrervereins schlug sofort Alarm (Schulblatt der Provinz Sachsen): „Durch das Kompromiß wird der Geistliche wieder als Aufsichtsbekannter der Lehrer eingesetzt. Dagegen müssen wir aufschreien protestieren, von Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bis herab zum jüngsten Lehrer muß ein entschiedenes „Nein! Niemals!“ dieser Zumutungen entgegengebracht werden! Hier ist uns das Mittel gegeben, das wir als wirksamste Gegenmaßnahme anwenden können und anwenden müssen: Das Recht, die Erstellung des Religionsunterrichts abzulehnen! Nicht aus Feindschaft gegen die Religion, sondern einfach aus Selbstachtung heraus!“ (Wegl. Art. 140f)

Der Hauptanstand der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen besteht darin, daß am 20. August 1918 an dem Vorklage die Aufhebung der Einheitschule weiter tätig zu sein. Er hält grundsätzlich fest, an der Fortsetzung der Weltanschauung der gesamten Schulklassen, die seine Vereinerung der Religion an sich, sondern nur die Befestigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Schule bedeutet.

Besonders gilt es, in Verbindung mit den Parteiorganisationen sowohl die Lehrer als auch die sozialdemokratischen Erziehungsberichtigten mit den Zielen und Aufgaben der weltlichen Schule vertraut zu machen, damit bei der bevorstehenden Regelung des Schulwesens möglichst weltliche Schulen eingerichtet werden können.

Der Verbandstag der sog. Lehrer trat nach geradezu glänzenden Ausführungen von Kumpf-Tremen aus das entscheidende für die Einigung des Massenkampfes in das Programm ein. Der jetzigen Regierung müsse jegliche Unterstützung verweigert bleiben, denn eine Koalition von Sozialisten und Bürgerlichen sei ein Unding, wie die verflochtenen Monate seit dem 9. November zur Genüge bezeugen haben. Am 11. Juni schon forderte man die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Gebiete des gesamten Erziehungs- und Schulwesens im nächsten Zusammenhange mit dem Kampfe des Massenkampfes in der Provinz.

Auch die Lehrerschaft hat die Verträge, die die Schule wieder die Kirchenfrage aufzulösen, einig. Der in Petzsch tagende Kreislehrerverband hatte folgenden Antrag (Mona) angenommen: „Der am 9. Juli in Petzsch tagende Kreislehrerverband des Mansfelder Gebietskreises erhebt entschiedenen Protest gegen das Verwehren der Kirche, auch weiterhin einen Einfluß auf die Schule geltend zu erhalten. Die Lehrerschaft erkläre in diesem Einfluß eine Demütigung in der Erziehung der Staatschule. Aus diesem Grunde fordert sie eine scharfe Trennung zwischen Schule und Kirche und eine zeitlose Befreiung jedes Einflusses der letzten auf die Schule.“ In einer Sitzung des Lehrervereins Dübren und Umgebung (Regierungsbezirk Merseburg) wurde folgender Entschluß gefaßt: „Sollten die Herren Geistlichen in irgendwelcher Form wieder die Rechte des bisherigen Schulinspektors zu sprechen werden, so werden wir gekündigt von unserem Rechte, die Erziehung des Religionsunterrichts abzulehnen. Gebrauch machen. Alle diese Verträge sind an besten dem Besten wider, den die gesamte Lehrerschaft heute in dieser Frage befecht.“

Arbeitszwang in der „sozialistischen“ Republik.

Rostes Befehlshaber im Ausgange, der allgemeinen und räumlich bekannte Generalleutnant Freiber v. Watter, erst ließ, wie der Woz, Jg. aus Rostes Generale selbst in die unter Weigerungszustand stehenden Gebiete eine Besatzung, nach der alle männlichen Einwohner im Alter vom vollendeten 17. bis zum 60. Lebensjahre verpflichtet sind, im Bedarfsfall auf Anweisung der Gemeindebehörden Notstandarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten.

Sind das nicht herrliche Zustände im neuen, von „Sozialisten“ regierten Deutschland? So ähnlich war's. Rostes unter dem Zwangszustand aus, für Rostes Generale selbst in dem immer noch Krieg zu sein, zum mindesten aber kaufen sie im eigenen Lande gegen die proletarischen Volksgenossen, wie

im Feindlande. Und das nennen dann noch die Roste benachbarten Rechtssozialisten „sozialdemokratische Arbeit“ bezirten.

Reaktionsgeist in der Reichswehr.

Der rechtssozialistische Preussische Volkswacht schreibt ein Exkurs zu diesem Thema einen recht ungemessenen Aufflägerartikel. Die Frage nach der allgemeinen Unbeliebtheit der Reichswehr bis in Kreise des denkenden Bürgertums beantwortet er folgendermaßen:

„Der Reichswehrminister ist in guten Händen, seine Entlassung geht nicht durch, die Generale machen was sie wollen. Der Herr Minister vertritt zwar, die Generale seien loyal, die Generale aber, zu einem unheimlich großen Prozentsatz dem alten Adel entstammend, sind das, was sie immer waren, monarchistisch und reaktionär bis auf die Knochen. Und kann es denn anders sein? ... Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß die Reichswehr, wie sie die Herren sich bilden, ein Wachstum der Reaktion wird, zum Teil schon ist. Der Herr Minister wird genau so angelogen, wie man im Kriege Wilhelm II. angelogen hat. An seine Verfügungen setzt sich kein Mensch.“

Der Reaktionsgeist weist dann auf die offenen und verdeckten Widersprüchlichkeiten von führenden Offizieren gegen Anordnungen des Reichswehrministeriums hin, wendet sich gegen die Lebensgemeinschaft der Truppe mit reaktionärem Volkstum aus allbeachtlichen Gewerlagen und kritisiert schließlich die Inhabung der von Roste eingeführten gegenteiligen Grundpflicht in eine einheitliche für Mannschaften, die betrafft werden, wenn sie nicht grüßen. Er fährt dann fort:

„Die Generale sind nicht loyal, sondern mit allen Mitteln wird die Armee zerlegt: alle Offiziere, die demokratisch denken, werden verfolgt; es ist so weit, daß Offiziere nicht mehr laut bekennen dürfen, daß sie Republikaner sind. Sie zu befechtigen, ist nicht schwer. Man sieht mit Adel, bis so einer rausgerollt ist. ... Es gericht Unfähigkeit in der Reichswehr, das Schlimmste, das es geben kann, und das ist schließlich der reaktionären Machenschaften zuzuschreiben, die dauernd in die Reichswehr getragen werden durch die höheren Führer. ... Die Reichswehr wird so leicht zu einer Offizierverorgungsanstalt gemacht; die höheren Stellen helen sich alles, was sie ihnen von ihrem Standpunkt aus als unbedingt zuverlässig gilt, und alles, was treu zur Regierung steht, wird langsam aber sicher befristet. Die Gefahr ist riesengroß, viel größer als Außenstehende glauben.“

Das ist die Ansicht eines Offiziers, nicht eines „legenden“ Unabhängigen. So soll und soll die Reaktionskraft in der Reichswehr, daß selbst anständig geführte Schulterträger öffentlich dagegen protestieren. Wenn die Reaktion der Volkswacht den Artikel schließlich mit der trockenen Meldung abschließt, Roste habe bereits an 200 Generale entlassen, so will das gar nichts belegen! Der Geist der Reichswehrführung ist es, der befristet werden mußte. Aber das kann Roste nicht. Denn dieser Geist entspricht dem Wesen der jetzigen republikanischen Regierungspolitik, die ihn durch ihr scharfmachtiges Vorgehen gegen die Revolution und ihre Träger erst großgeschrieben hat.

Rostes Generale.

Das ist monardistische Presse hat dieser Tage mit Genugtuung festgestellt, daß an Stelle des Grafen von der Goltz der General v. Eberhardt das Oberkommando über die im Baltikum befindlichen deutschen Truppen erhalten hat und den sofortigen Rückzug in die Wege leiten soll. Die allbeachtlichen reaktionäre Presse hat guten Grund, über diese Ernennung zu jubelieren. Denn General v. Eberhardt unterscheidet sich wie die Freiheit hervorhebt, bezüglich seiner Einstellung in nichts, aber auch in gar nichts von seinem Vorgänger. Er ist ein eingefleischter Monarchist, Feind jeder revolutionären Erbgüter, hat sich jedoch schon nach Abschluß des Baltikums mit seiner Ministerarbeit begonnen und dem Rückzug der deutschen Truppen über den Rhein durch folgenden Befehl zu erkennen gegeben, daß er sich nur die durch die Revolution geschaffenen Rechte den Teufel kümmert:

„In meo Quartier der 1. Armee, 18. November 1918. Nachdem die 1. Armee in der Rheinprovinz eingetroffen ist, hat das Gebiet von der deutsch-litauischen Grenze bis zum Rhein Operationsgebiet. Ich habe am 18. November die Kommandogegenwart im Abschnitt Rhein-Schiffhorn, Trzschel, Waldhof, Gedenbach, Wroth, Neuweid, Mayen, Dann, Nirsborn, Karlsruhen, Niederwambach übernommen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden fordere ich auf, mich in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Sollten sich in dem vorerwähnten Operationsgebiete Soldaten und Arbeiterkräfte gebildet haben, so haben sie sich selbstverständlich der militärischen Gewalt unterzuziehen. Das Tragen roter Armbinden wird auf das strengste verboten.“

Diese unerhörte Ermahnung des Generals v. Eberhardt hat seinerzeit bei den revolutionären Arbeitern und Soldaten große Entrüstung hervorgerufen. Auf das Drängen unserer Genossen in der Regierung mußte der renitente Herr schließlich abgesetzt werden. Inzwischen hat sich die Regierung aus dieses Mannes wieder angenommen und ihn mit der Sicherung der Republik im Sinne der Rostepolitik beauftragt. Für die feinsten Strahlen der Hohenzollern-Regierung haben die derzeitigen Machthaber Deutschlands ja überhaupt ein ganz besonderes warmes Interesse. Die Wehrkraft der Reichswehrgeneräle ist von hohen Udel, nur drei Tagen einen bürgerlichen Namen.

Wozu Millionen verschwendet werden.

Während Hunderttausende von erwerbslosen Arbeitern mit ihren Familien von der kümmerlichen Erwerbslosenunterstützung leben müssen und dabei langsam verhungern, ist für die Inhaber der Friedensbedingungen überflüssig verbrachten Offiziere der Reichswehr reichlich getrost. Roste militärisch bekanntlich die Folger, was danach herauskäme, unter Wahrung des Friedensvertrages ein größeres heftendes Revolver für die Gegenrevolution wie zur Unterdrückung revolutionärer Arbeiter bereitgestellt. Der Damburg belaufen sich die Kosten der neuen Militärpolizei, nach einer Mitteilung unseres Hamburger Volksorgans auf 28 Millionen Mark jährlich. Allein an Gehältern für den Stab des Chefs der Sicherheitswehren kommen monatlich mehr als 100.000 Mark Gehälter zur Auszahlung.

Die Rechtssozialisten in der Hamburger Bürgerwehr haben diese unerhörte Verschwendung zur Verbeugung militärischer Erziehungsgänge glatt bewilligt. Kein Wunder! Ist doch der Hamburger Volksorgan einer der ihren! Im Preussischen Landtage werden die Abhängigen Rostes Klagen ganz gewiß auch nicht zu Fall bringen. Obwohl die Kosten der Reueinrichtung allein für Berlin jährlich 200 Millionen Mark betragen.

Sterbende mit Scharfschützen.

In den letzten Wochen wird, wie die Freiheit feststellt, wieder in auffälliger Weise für die „Reifreiwiligen“ Propaganda gemacht. Um den Eintritt in diese militärischen Organisationsverbände zu gestalten, wurde folgendes Schriftstück verfaßt:

Stamm des
3. Regiments Reichswehr-Brig. 15.
Mittelung.

Das 3. Regiment veranlaßt erstmalig am 25. September, kann an jedem Donnerstags nach 14 Tagen einen Sterbenden in der Kantine des 3. Regiments im Landesanstellungsparz; Zeit 8 Uhr abends.

Einmal im Monat findet Scharfschützen der Reifreiwiligen statt, und zwar in der Zeit von bis 6 Uhr nachmittags auf den Schießständen in der Kaiserheide, Grunhagen Montag, den 28. d. M., und dann jeden Montag nach 14 Tagen.

Das 3. Regiment veranlaßt wieder Sterbende und das Scharfschützen, um die Kameradschaft und den Zusammenhalt unter den Reifreiwiligen zu pflegen. Am Interesse der guten Sache wird uns abträgliches Geschehen getreten.

Allen entgegen, Eintracht und Führer. Herr Roste und seine Getreuen fröhnen sich mit Händen und Füßen laugen, daß die Reifreiwiligenformationen und die Einwohnern der militärischen Organisationen seien. Sie kommt es denn, Herr Roste, daß die Einladungen für diese Sterbende von einem Reichswehrregiment verfaßt werden, und zwar als Scharfschütze? Ueber diese Nummer, bei dem die Post umlaufende Mark an Postgebühren hintergegangen wird, mühte einmal in der Nationalversammlung ein ernstes Wort geredet werden.

Haentisch erhält — Unterricht.

In Berlin tagte dieser Tage eine Konferenz des Bundesentscheidener Schulreformers, auf der dem dabinwurdeften Kultusminister Konrad Haentisch ein gründlicher und literarischer über Schulreformen (die er nicht macht) erstellt wurde. Der Herr Haentisch hat nach allem erwidert und hielt eine Rede, über die die bürgerliche Presse wie folgt berichtet:

Minister Haentisch gab zu, daß bisher vom Ministerium vieles verfaßt und vertriebt worden sei, und er verfuhrte das mit dem Hinweis auf die Finanzlage, die Koalitionsregierung, auf den Mangel an gutem Willen und die fortwährende feindliche Stimmung der Arbeiterklasse zu entschuldigen. Nachdem er die ministerielle Arbeit nach allem erwidert hatte, sprach er auf die folgende Zukunft aus der Versammlung ganz zu verstehen, daß das alles unzulänglich sei und überdoppelt zumutet nur die Volksschulen betrafte. Der Minister stellte darauf ernüchternde Maßnahmen in Aussicht. Wiederholt mußte der Minister den zahlreich erschienenen Redner, daß die Unzufriedenheit weiter Kreise über das bisher Geleitete und Nichtgeleitete auf dem Gebiete der Schulverwaltung durchaus vernehmlich und berechtigt sei. Roste solle sich bei den nächsten Wahlen entscheiden hinter die Regierung stellen und ihr so ein ernstliches Vorgehen ermöglichen. „Ich bin lieber „Gott“,“ hinter die Regierung, in der die Verantwortung liegt, zu stehen.“

Der Vorsitzende, Professor Deckerhoff, ging dann auf die von Herrn Haentisch gemachten Versprechungen ein und betonte scharf, daß die Republik aus gegenüber Geheimräten, Direktoren und Oberlehrern ihre Autorität machen müsse. Der aus der Reden und dem Ende des Redens, der die Regierung nicht länger zum Gespött von Schulbüchern werden und lassen, daß man hinter den Rücken der Konferenzmitglieder selbst die bisherigen kümmerlichen Erlasse des Ministers in die Gegenteil verleihe. Angehörig der immer unvorzerroren hervortretenden nationalstischen und monardistischen Erbeiteren in der Schule

müsse bei aller Neupfierung jeder politischen Verbeugung doch gewissen Elementen gezeigt werden, daß auch unter der Republik die Verantwortung in der Schule zu verbleiben habe. Wiederholte Male abzuführen. Das erforderten die Erlasse des Staates und das Wohl des Volkes. Laßt der Minister die Dinge weiter zu treiben, dann werde er bald nicht mehr Herr im Hause sein. Nur dann werde das Volk bei den bevorstehenden Wahlen sich der republikanischen Regierung zumuten und die bestmöglichen Ergebnisse erwarten. Nach der Rede wurde nun durch den Minister Haentisch gehen, wenn Herr Haentisch endlich mehr zu tun als bisher. Wenn der Minister wisse, was ein republikanischer und demokratischer Lehrer sein zu leiden habe, dann werde er den Aufgebot: „Aurand, werde endlich hart, tritt heraus aus dem Stadium der Ermüdungen und Behalten neuer Revolution.“

Das hat Herr Haentisch seine Lektion wohl! Augen wird sie nicht mehr, denn er hat, nachdem er die Genossen Adolf Hoffmann im Kultusministerium laßt war, eine x d u i s g e r i c h t e t e Schulpolitik getrieben, die wohl dem Zentrum und den bestmöglichen Ergebnissen bedingt (abgesehen von untergeordneten Dingen, wie Entfernung der Kaiserbilder), die aber die Sozialisten und christlichen Schulreformer zur Verzweiflung treibt. Das sollte es aber, daß es immer noch Leute gibt, die da glauben, mit dem Zentrum in der Regierung konnte man — sozialistische Schulpolitik treiben! Konrad das große Kind!

Gegenrevolutionäre Sammlungen.

Einem neuen Beitrag zur Frage, wer die Gelber für kontinentalrevolutionäre Verfassung des Bürgertums aufbringt, liefert der Leipziger Bürgerausschuß. In einer Versammlung der Väter Zwangsinnung hielt der Sekretär des Finanzausschusses der Leipziger Bürgerwehr, namens Hoffmann, einen Vortrag über die Gefahren der drohenden neuen Revolution. Er hat seinen Vortrag mit dem Titel: „Die Revolution ist notwendig, das Ziel wirkungsvoll zu erreichen, brauche der Finanzausschuß bis zum 15. Oktober d. J. unbedingt zwei Millionen Mark. Man habe erst eine Million Mark aufkommen, müsse also gleich das Solidaritätsgeld der bürgerlichen Klassen annehmen. Die Väterwürde beschließen, daß jeder mindestens 20 Mk. in die Kasse des revolutionärschindlichen Finanzausschusses zahlen muß.“

Der Vortrag wurde mit dem Titel: „Die Revolution ist notwendig, das Ziel wirkungsvoll zu erreichen, brauche der Finanzausschuß bis zum 15. Oktober d. J. unbedingt zwei Millionen Mark. Man habe erst eine Million Mark aufkommen, müsse also gleich das Solidaritätsgeld der bürgerlichen Klassen annehmen. Die Väterwürde beschließen, daß jeder mindestens 20 Mk. in die Kasse des revolutionärschindlichen Finanzausschusses zahlen muß.“

Die Freiheit bringt genaue Mitteilungen über die Organisation des preussischen Epistelorganisations. In der Spitze der Epistelorganisation steht das Staatsministerium für die Überwachung der öffentlichen Ordnung“ unter dem Geleitwort von Berger, dem früheren Professor des preussischen Ministeriums des Innern.

